

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Politik steht angesichts der hohen Infektionszahlen in diesen Tagen erneut vor schwierigen Entscheidungen. Sie verdienen Respekt für diese sich voraussichtlich auch in den nächsten Wochen immer wieder dynamisch aufs Neue ändernde Aufgabe. Wir alle hoffen, dass die Corona-Fallzahlen so schnell wie möglich sinken. Bei aller Sorge über die aktuelle Pandemielage muss - so zu Recht die Mahnung von NRW-Arbeitgeberpräsident Arndt G. Kirchhoff - darauf geachtet werden, dass die Wirtschaft nicht komplett abgewürgt wird. Insbesondere die internationalen Wertschöpfungs- und Lieferketten müssten - soweit es eben geht - aufrecht erhalten bleiben. Angesichts der großen volkswirtschaftlichen Schäden sei es sowohl aus ökonomischen als auch aus sozialpolitischen Gründen notwendig, dass die Politik schon jetzt eine verlässliche Exit-Strategie aus dem Lockdown entwickelt und dann auch umsetzt.

Ein wenig im Schatten der Corona-Pandemie verläuft meiner Ansicht nach die eine oder andere politische Initiative, die es verdient, stärker ins öffentliche Licht gerückt zu werden. Hierzu gehört der „Griff in die gemeinsame Kasse der Arbeitgeber und Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung“, vernebelnd Sozialgarantie 2021 genannt. Der Gesetzgeber verlangt danach von den gesetzlichen Krankenkassen, die mit guter Haushaltspolitik größere Rücklagen aufgebaut haben, diese zur Deckung von Finanzlücken und auch zur Mitfinanzierung versicherungsfremder Leistungen im Gesundheitswesen im Jahr 2021 einzubringen; wenn dieser fragwürdige Einmaleffekt verpufft ist, drohen massiv Beitragssteigerungen und - nebenbei - hat der Wettbewerb der Krankenkassen untereinander Schaden genommen. Ein weiteres Beispiel sind die Versuche von Bundesarbeitsminister Heil, einen Anspruch auf home office gesetzlich zu verankern. Es droht ein Eingriff in die grundgesetzlich geschützte unternehmerische Freiheit und neue betriebliche Bürokratie. Diese Gesetzesinitiative ist unnötig - gerade die vielen guten und maßgeschneiderten, flexiblen und freiwilligen Lösungen für ein mobiles Arbeiten während der Corona-Pandemie beweisen dies tagtäglich - ebenso die Entscheidungen gegen ein mobiles Arbeiten, wo es in der betrieblichen Praxis gerade nicht umsetzbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Christian Lepping

Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes
der Metall- und Elektro-Industrie Lüdenschied e. V.

Die Themen:

Die Themen:

Aus dem AGV:

- Tarifrunde 2021

Aus der Region:

- Rückblick auf die Kommunalwahl 2020

*Wir wünschen frohe Weihnachten,
schöne Feiertage und für das Jahr 2021
Gesundheit, alles Gute und viel Erfolg.*

AGV-Vorsitzender Dr. Frank Hoffmeister: „Forderungsbeschlüsse der IG Metall gefährden viele Arbeitsplätze“

Als „nicht nachvollziehbar und wirklichkeitsfremd“ haben die Metallarbeitgeber in Lüdenscheid und im südlichen Märkischen Kreis den Forderungsbeschluss der IG Metall zur Tarifrunde 2021 zurückgewiesen. Einkommensverbesserungen in einem Volumen von vier Prozent für die Beschäftigten dieses Industriezweigs passten nicht zur schwierigen wirtschaftlichen Lage in den Unternehmen. „Wenn die Betriebe jetzt zusätzliche Arbeitskostenlasten befürchten müssen, dann wird das den Druck auf die Arbeitsplätze massiv erhöhen“, erklärte Dr. Hoffmeister. Aufträge, Produktion und Umsätze bewegten sich vielerorts seit vielen Monaten im zweistelligen Minusbereich, zahlreiche Unternehmen befänden sich in Kurzarbeit. Seit dem Frühjahr 2020 habe sich die Lage zudem in vielen Unternehmen zugespitzt. Viele hätten massiv Eigenkapital verloren und kämpften mit Liquiditätsgespässen. Auch wenn das 3. Quartal in mehreren M+E-Branchen wieder freundlicher aussehe, würde eine teure Tarifrunde den Aufholprozess gefährden. „Nach wie vor herrscht in den meisten Unternehmen eine große Unsicherheit über die wirtschaftlichen Aussichten in 2021“, betonte Dr. Hoffmeister. Die ungewisse Entwicklung der Pandemie sowie zahlreiche weltwirtschaftliche Risikofaktoren ließen gegenwärtig keine verlässlichen Prognosen zu. Der nächste Tarifabschluss müsse dem zwingend Rechnung tragen.

Eine klare Absage erteilte Dr. Hoffmeister der Behauptung der Gewerkschaft, Einkommenssteigerungen seien aus Gründen der Stabilisierung der Kaufkraft notwendig. Bei einem Durchschnittsverdienst von 56.000 Euro im Jahr mangle es den M+E-Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen nicht an Kaufkraft. „Wir haben aber ein Konsumproblem, weil sich viele Menschen Sorge um ihren Arbeitsplatz machen und deshalb ihr Geld lieber zurücklegen. Unsere Mitarbeiter haben doch auch ein feines Gespür dafür, ob im Unternehmen etwas zu tun ist oder nicht“, sagte Dr. Hoffmeister. Ein sicherer Arbeitsplatz stehe da sicher ganz oben auf ihrer Prioritätenliste. Zusätzliche Belastungen bei den Arbeitskosten aber würden die Beschäftigungssituation in vielen Betrieben eher verschärfen. Überdies sei die Forderung auch ökonomisch nicht begründbar. Produktivität und Teuerungsrate bewegten sich aktuell im Minusbereich. „Das ist reine Umverteilung in einer Zeit, in der Unternehmen ihr Geld zusammenhalten müssen, um auch Zukunftsinvestitionen umzusetzen“, erklärte Dr. Hoffmeister.



Dr. Frank Hoffmeister
Vorsitzender der AGV,
Geschäftsführer
Fa. Betzer GmbH & Co. KG
Lüdenscheid

Die Tarifrunde 2021 in der Metall- und Elektro-Industrie beginnt; im Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen findet die erste Tarifverhandlung am 16.12.2020 statt.

Die Wirtschaftliche Lage bleibt angespannt! Die Corona-Pandemie und ein im Interesse des Gesundheitsschutzes notwendiger weiterer Lockdown können diese Lage weiter verschärfen!

Einige Schlaglichter auf die aktuelle Lage in der M+E-Industrie:

- Das Zusammenwirken von Corona-Krise, Umstieg auf alternative Antriebe und Digitalisierung stellt Unternehmen vor die größte Herausforderung der jüngeren Geschichte. Dabei trifft die Corona-Pandemie die Unternehmen mitten in der Rezession und mitten in einer Phase eines fundamentalen Wandels mit enormem Anpassungs- und Innovationsdruck.
- Im Jahr 2020 ist der Umsatz der Unternehmen im Schnitt zwischen 20 % und 29 % zurückgegangen. Auch wenn sich nach dem weltweiten Einbruch der Märkte die Situation im 3. Quartal etwas stabilisiert hat, ist die Krise bei weitem noch nicht ausgestanden, weitere Umsatzeinbrüche sind zu erwarten.
- Die Produktion hat im 3. Quartal zwar wieder etwas zugelegt. Aber die Betriebe sind trotzdem nur zu 76 % ausgelastet; die Normalauslastung liegt bei etwa 85 %. Darüber hinaus ist die Mehrheit der Unternehmen unsicher, wann das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden kann.
- Unmittelbare Auswirkungen von Corona auf Arbeitsplätze werden derzeit noch von Kurzarbeit verdeckt – es ist aber absehbar, dass eine Personalanpassung notwendig werden kann.

Wirtschaftspolitik ist eine kommunale Querschnittsaufgabe

„Sehr herzlich gratulieren wir Marco Voge als neuem Landrat im Märkischen Kreis, den gewählten Bürgermeistern und allen gewählten Mitgliedern des Kreistages und der Stadträte in den Städten und Gemeinden unseres Verbandsgebietes. Wir wünschen allen, die politische Verantwortung in unseren Kommunen tragen, viel Erfolg und eine glückliche Hand in ihren Ämtern im Interesse unserer Region“, so AGV-Geschäftsführer Lepping.

Die Herausforderungen in der neuen Amtszeit sind gewaltig. Die lokale Wirtschaft ist vor allem durch das verarbeitende Gewerbe geprägt, das zusätzlich zur Pandemie große technologische und strukturelle Veränderungen in Produkten, Produktion und Wettbewerb bewältigen muss. Gerade deshalb ist es eine der drängendsten Aufgaben der Kommunalpolitik, die Wirtschaft vor Ort zu stärken und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Besonders wichtig ist dabei, ein neues Grundempfinden für die Bedeutung der Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene zu entwickeln. Wirtschaft muss als zentrale Querschnittsaufgabe erkannt werden. Vieles, was uns wirtschaftlich erfolgreich macht, liegt in der Hand der Kommunen: Eine kluge Flächenpolitik, schnellerer Breitbandausbau, eine leistungsfähige Infrastruktur und gute Bildungsangebote.

Der AGV hat dies im Laufe des Jahres 2020 in vielen Gesprächen mit Kommunal- und Landespolitikern eingebracht und bietet allen neu gewählten Spitzen in Kreis und Städten eine enge Zusammenarbeit an. Im Vorfeld der Kommunalwahl hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag des Arbeitgeberverbandes (AGV) in Lüdenscheid und des Märkischen Arbeitgeberverbandes (MAV) in Iserlohn den Märkischen Kreis wissenschaftlich untersucht. Ziel war es, relevante Standortbedingungen vor allem aus der Perspektive der M+E-Industrie zu beleuchten und zu bewerten. Dies ist Teil eines landesweiten Studienprojekts von unternehmer nrw zur Kommunalwahl 2020 in NRW, bei dem für die Kommunen standortrelevante Indikatoren aus den Themenbereichen Wirtschaft, Arbeiten, Wohnen und Lebensqualität untersucht wurden. Für den Märkischen Kreis ergibt sich ein vielschichtiges Bild mit einigen übergeordneten Erkenntnissen, aber auch zum Teil sehr unterschiedlichen Situationen in den verschiedenen Kommunen.

AGV und MAV formulieren auf der Basis dieser Ergebnisse Forderungen an die Kommunalpolitik. Beide Verbände wollen aber nicht nur fordern. „Wir sind bereit, an den Themen aktiv mitzuarbeiten“, so Christian Lepping (AGV) und Özgür Gökce (MAV). „Und zwar unabhängig davon, wer nach der Wahl vor Ort die politische Verantwortung trägt.“

Natürlich sei die Situation je nach Kommune differenziert zu betrachten, die Verbände fordern aber aus kreisweiter, übergeordneter Perspektive:

- Überprüfung der Gewerbesteuerhebesätze. Hohe Sätze stellen aktuell nachweisbar Wettbewerbsnachteile dar
- Nutzung von starker Steuerkraft zur Umsetzung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen
- Verbesserung der Breitbandversorgung – dringend!
- Lernen von guten Beispielen, wie erfolgreichen interkommunalen Gewerbegebieten und guten Verkehrsanbindungen
- Anreize zur Verbesserung der Innovationskraft
- gemeinsam mit der Industrie: Steigerung des Zuzugs von 30- bis 50-jährigen Fachkräften
- Attraktivitätssteigerung des Wohnungsmarktes für Fachkräfte
- Bekämpfung von Abwanderungs- und Alterungstendenzen – unter anderem, damit es auch morgen noch Auszubildende für die heimische Industrie gibt
- Erhöhung der Beschäftigungsrate von Frauen.

Fotos aus den Gesprächen mit Kommunal- und Landespolitikern in den Sommermonaten 2020



Bild 1 + 2
Gespräch des AGV mit NRW-Verkehrsminister Wüst und Landrat Marco Voge in der Otto Fuchs Surface Technology GmbH in Meinerzhagen

Bild 3
Gespräch des AGV mit NRW-Kultusministerin Gebauer und Landtagsvizepräsidentin Angela Freimuth im Technikzentrum in Lüdenscheid

Impressum

Herausgeber:
Arbeitgeberverband der Metall- und Elektro-Industrie Lüdenscheid e. V.
Staberger Straße 5
58511 Lüdenscheid

Verantwortlich
für den Inhalt:
Christian Lepping

Redaktion:
Christian Lepping,
Bettina Görlitzer

Fotos:
Görlitzer,
PRINTS

Layout:
PAGA Werbung